



DGB-Jugend Bayern, München 1954

Was tun gegen die Wehr- pflicht?



Antikriegstag, München 2025



INFORMATION & DISKUSSION

mit **Nicole Gohlke**

Mitglied des Bundestags/Die Linke

und **Ronja Fröhlich** aktiv im bundesweiten Bündnis „Nein zur Wehrpflicht“ – **Patrick Kundmüller** aktiv in der bundesweiten Initiative für Komitees gegen die Wehrpflicht – **Tommy Rödl** Kriegsdienstverweigerer und aktiv in der DFG/VK

Freitag, 31. Oktober 19 Uhr
HANSA-HAUS Großer Saal Briennerstr. 39 (U Königsplatz)

Die Veranstaltenden behalten sich gem. § 6 VersG / Art. 10 BayVersG vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.“



**Arbeitskreis
Aktiv gegen
rechts**



**Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Stadtverband München**



WIR INFORMIEREN:

Wehrpflicht und andere Pflichtdienste verhindern

Beschluss des DGB-Bundesjugendausschusses vom 16.9.2025

Die DGB-Jugend bleibt antimilitaristisch. Wir setzen uns gegen jede Militarisierung unserer Gesellschaft ein. Unser Handeln steht im Geiste der Friedensbewegung unter dem Motto „Nie wieder Krieg!“ Krieg und die Vorstellung davon dürfen nicht normalisiert werden. Frieden ist und bleibt das Ziel gewerkschaftlicher Politik und muss das Ziel des Staates sein. Unsere Haltung bleibt klar: Die DGB-Jugend lehnt eine Wiedereinführung der Wehrpflicht und des Zivildienstes und die Einführung anderer Pflichtdienste für junge Menschen ab. Bestehende rechtliche Möglichkeiten zum Pflichtdienst oder zur Arbeitspflicht müssen abgeschafft werden. Jede Form der Wehrrfassung lehnen wir ebenfalls ab. Es besteht die reale Gefahr, dass verpflichtende Ersatzdienste zur Umgehung struktureller Probleme im Sozial- und Pflegebereich genutzt werden. Das unterwandert bestehendes Fachpersonal und darf nicht für die Beschaffung billiger Arbeitskräfte missbraucht werden. (...)

Bundesjugendring kritisiert die Debatte um das Wehrdienstmodernisierungsgesetz

(...) Die aktuelle Debatte um die Einführung eines allgemeinen Wehrdienstes verengt den Blick auf das Militärische und lässt einen falschen Fokus erkennen. „Wenn junge Menschen in der öffentlichen Debatte mit einer vermeintlichen Bringschuld adressiert werden und ein Wehrdienstmodernisierungsgesetz diskutiert wird, anstatt ihr Engagement für Gesellschaft und Demokratie zu sehen und zu

fördern, entsteht eine erhebliche Schieflage.“, betont Daniela Broda, Vorsitzende des Bundesjugendrings. Die Demokratie wird bereits heute tagtäglich von antidemokratischen Kräften angegriffen. (...)

Der aktuelle Entwurf des Wehrdienstmodernisierungsgesetzes ist kein faires Angebot für junge Menschen – und bietet auch keine echte Freiwilligkeit. Echte Freiwilligkeit bedeutet, dass alle Optionen – ohne finanzielle Nachteile oder soziale Hürden – gleichberechtigt wählbar sind. Davon kann keine Rede sein, wenn beispielsweise der Führerschein für junge Menschen im Wehrdienst bezahlt wird, nicht aber für jene, die ein Freiwilliges Soziales Jahr in einem Pflegeheim auf dem Land leisten – wo dieser ebenso notwendig wäre. Gerade für junge Menschen, die von Armut betroffen sind, entsteht dadurch ein einseitiger Anreiz. Das ist nicht nur eine Frage sozialer Gerechtigkeit, sondern letztlich auch ein Ausdruck von Klassismus.

Von echter Freiwilligkeit kann auch dann nicht gesprochen werden, wenn offizielle staatliche Schreiben an junge Menschen einseitig den Dienst bei der Bundeswehr bewerben – während andere, zivile Engagementmöglichkeiten, etwa im Katastrophenschutz oder in den Freiwilligendiensten, gar nicht erwähnt werden.

Der Bundesjugendring ist für die auf den 10. November 2025 angesetzte Anhörung im Bundestag vom Verteidigungsausschuss geladen und wird dort von der Vorsitzenden Daniela Broda vertreten. Der Bundesjugendring kritisiert eine mögliche Verpflichtung junger Menschen zum Militärdienst angesichts der damit verbundenen massiven Freiheitseinschränkungen. Es braucht stattdessen echte Freiwilligkeit – und gleichzeitig die Stärkung ziviler, demokratischer Strukturen. Dann erübrigt sich auch die Diskussion um die Einführung eines Losverfahrens. (16.10.2025)